

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Thailand im Taumel des Wandels

Wie kann das Land seine Krise überwinden?

MARC SAXER
Juni 2011

- Thailands Gesellschaftsvertrag wurde im Nachgang der Asienkrise gekündigt. Für eine Weile schien sich die Gesellschaft unter »Thaksinomics« neu zu organisieren; das breite gesellschaftliche Bündnis zerbrach jedoch an seinen inneren Widersprüchen. Das Land zerfiel in antagonistische Koalitionen, die bis heute um die neue Ausrüstung der politischen und sozialen Hierarchie kämpfen.
- Nachdem der Konflikt auf ein Patt zuläuft, scheinen beide Seiten zunehmend anzuerkennen, dass sie den politischen Konflikt nicht einseitig gewinnen können. Die Wahlen eröffnen daher die Möglichkeit, den Konflikt mit einem *Grand Bargain* zu lösen. Doch ein solcher Ausgleich wird nur gelingen, wenn alle zentralen Akteure eingebunden sind. Auch die erneute Eskalation des Konflikts liegt daher im Interesse einiger Akteure.
- Die Krise Thailands geht jedoch über den politischen Konflikt hinaus. Thailands sozio-ökonomische Erfolge haben einen paradoxen Effekt: gerade weil sich das Land wirtschaftlich so positiv entwickelt hat, wird das Governance-System überfordert, das normative Fundament an Ideen, Werten und Identitäten untergraben und die politische Ordnung delegitimiert. Die tiefere Krise ist nur durch die Anpassung der Ordnung an die veränderten Rahmenbedingungen einer komplexen und pluralistischen Gesellschaft zu überwinden.
- Wenn im Herzen des Konflikts die Legitimitätskrise der vertikalen Ordnung liegt, dann kann eine Lösung der Gesellschaft nicht einfach von den Eliten übergestülpt werden. Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss in einem inklusiven, horizontalen und regelbasierten Prozess neu ausgehandelt werden.



Inhalt

1. Einleitung	2
2. Die Wahlen:	
Aufbruch oder Fortsetzung der Konfrontation?	2
3. Der politische Konflikt:	
Thailand kämpft um einen neuen Gesellschaftsvertrag	3
4. Die Transformationskrise:	
Thailand braucht eine neue politische, soziale und kulturelle Ordnung	9
4.1 Krise der politischen und wirtschaftlichen Ordnung:	
Komplexität und Emanzipation überfordern das System	10
4.2 Krise der sozialen und kulturellen Ordnung:	
Neue Ideen und Pluralität untergraben das normative Fundament.	12
4.3 Fazit: Die Krise ist nur durch eine Anpassung der Ordnung lösbar.	13
5. Wie organisiert man die Aushandlung eines Gesellschaftsvertrags?	14
6. Ausblick	16

1. Einleitung

Nach Jahren der politischen Auseinandersetzung auf den Straßen und in den Gerichten, nach »heißen« und »stillen« Putschen und gewaltsamen Zusammenstößen hat Thailand am 3. Juli die Wahl. »Neuwahlen!«, das war der Schlachtruf der »roten Demonstranten«, die im letzten Frühjahr das Geschäftsviertel Bangkoks lahmlegten. Die Folgen sind bekannt: das Militär schlug die Proteste gewaltsam nieder; 92 Todesopfer und über 2 000 Verletzte waren zu beklagen.¹ Nun also haben die Bürger Thailands die Wahl zwischen »Roten« und »Gelben«. Und dennoch: der Mangel an Enthusiasmus unter den Wählern deutet bereits an, wie erschöpft die Menschen von dem jahrelangen politischen Konflikt sind. Wie um die kafkaeske politische Situation des Landes noch einmal herauszustellen, treten bei dieser Wahl vor allem Statthalter und Strohmänner gegeneinander an. Auch die beiden Hauptkontrahenten – die in kürzester Zeit zum Popstar aufgebaute Schwester des ehemaligen Premierministers, Yingluck Shinawatra, und der fotogene amtierende Premierminister Abhisit Vejjajiva – sind letztlich nur die Platzhalter für die wahren Machthaber hinter ihnen. Und dennoch: die Wahlkampagnen werden mit großer Leidenschaft geführt, internationale Wahlbeobachter sollen einen akzeptablen Wahlgang garantieren und die siegreiche Partei darf darauf hoffen, die Regierung zu bilden. Ist das Land des Lächelns also wieder zur Demokratie zurückgekehrt?

Die Neuwahlen eröffnen zumindest die Chance für einen neuen Anlauf zur Lösung des politischen Konflikts zwischen den konkurrierenden Eliten. Dieses Papier argumentiert, dass die tiefer gehende Krise Thailands nur zu lösen sein wird, wenn es gelingt, die politische, soziale und kulturelle Ordnung den neuen Bedingungen und Erwartungen einer sich rasant modernisierenden Gesellschaft anzupassen. Thailand wird erst dann wieder inneren Frieden finden, wenn das politische System effektivere Mechanismen entwickelt, um mit den permanenten Konflikten einer komplexen und pluralistischen Gesellschaft umzugehen. Wie diese Anpassung organisiert wird, ist dabei mindestens ebenso wichtig wie das institutionelle Ergebnis dieses Prozesses. Ein neuer Gesellschaftsvertrag kann nicht von oben oktroyiert werden, sondern muss in einem inklusiven, regelbasierten Prozess ausgehandelt werden.

1. Human Rights Watch (2011): Descend Into Chaos. Thailand's 2010 Red Shirt Protests and the Government Crackdown, May 2011, <http://www.hrw.org/en/node/98399/section/2>.

2. Die Wahlen: Aufbruch oder Fortsetzung der Konfrontation?

Seit Wochen zeigen alle Umfragen das gleiche Bild: die von Thaksin Shinawatra, dem umstrittenen ehemaligen Premierminister Thailands, aus dem Exil ferngesteuerte *Phüa Thai*-Partei dürfte bei den Neuwahlen am 3. Juli die meisten Stimmen auf sich vereinigen – vorausgesetzt, die Wahlen finden statt, und sind halbwegs frei und fair. Auf dem zweiten Platz dürfte die *Demokratische Partei* des amtierenden Premierministers Abhisit Vejjajiva landen. Drittstärkste Fraktion im Parlament könnte die *Bhumjaithai*-Partei werden, die von dem Powerbroker Newin Chidchob – selbst mit einem Politikverbot belegt – aus dem Hintergrund dirigiert wird. Die beiden Koalitionsparteien *Charthaipattana* und *Chart Pattana Paea Pandin* hoffen auf die nachfolgenden Plätze. Das ist durchaus pikant, waren doch viele der Abgeordneten der drei kleineren Parteien Teil der von der *Phüa Thai*-Vorgängerpartei *People's Power Party* geführten »roten« Koalitionsregierung, bis ihre Parteien vom Verfassungsgericht aufgelöst und viele ihrer Funktionäre mit Politikverboten belegt wurden. Der Vorsitzende der *Charthaipattana*-Partei, Chumpol Silpa-Archa, zitierte kürzlich den »unwiderstehlichen Druck der unsichtbaren Hand«, der die Führer der kleinen Parteien überzeugte, sich unter Aufsicht des Militärs mit ihren Gegnern zusammenzutun und die »gelbe« Regierung Abhisit aufs Schild zu heben. Die fragwürdige Legitimität dieser »gelben« Regierung, ermöglicht durch einen stillen Putsch der Justiz und eingefädelt vom Militär, wurde von den »roten« Demonstranten im letzten Frühjahr zum Anlass genommen, Neuwahlen zu fordern.

Die entscheidende Kenngröße für das Schachern nach der Wahl ist die Anzahl der Sitze, die die beiden großen Parteien auf sich vereinigen. Das neue Wahlrecht, kurz vor der Wahl durchs Parlament gepeitscht, könnte dabei beiden großen Parteien einen Strich durch die Rechnung machen. Die Rückkehr zu »one man, one vote« in kleineren Wahlkreisen könnte kleineren, lokal verwurzelten Parteien eine bessere Ausgangsposition verschaffen. Der *Phüa Thai* ist in ihren Hochburgen im Norden und Nordosten mit der *Bhumjaithai* ein gefährlicher Gegner erwachsen. Während *Phüa Thai* durch den Bann von 113 »roten« Spitzenpolitikern geschwächt ist, ist es vielen Abgeordneten der BJP gelungen, einen Teil der Wähler, die sie 2007 als »roten« Koalitionspartner gewählt haben, weiter an sich zu binden. Wirksamer noch dürfte

aber die Auswechslung der Provinzgouverneure und Distriktverwalter durch das BJP-geführte Innenministerium gewesen sein. Die lokalen Behörden haben traditionell einen großen Einfluss bei der Mobilisierung von Stimmen. Endemische Stimmenkäufe verzerren die Ergebnisse thailändischer Wahlen traditionell zusätzlich. Die Demokraten dürften dagegen besonders unter der Boykottkampagne ihrer ehemaligen Weggefährten, der gelben Bewegung *People's Alliance for Democracy* (PAD) leiden, der wohl vor allem konservative Wähler folgen werden.

Dies alles deutet darauf hin, dass es wohl keiner der beiden großen Parteien gelungen sein dürfte, die erhoffte absolute Mehrheit der Stimmen zu erringen. Die neue Regierung wird sich also auf die Unterstützung einer Koalition mit den kleinen Parteien verlassen müssen. Ohne eine Intervention undemokratischer Kräfte werden diese ihre Unterstützung an den Meistbietenden verschachern.

Entsprechend haben sich die großen Parteien gegenseitig übertroffen, die kleineren als Koalitionspartner zu umwerben oder ihre Abgeordneten gleich zum Überlaufen zu bewegen. Es wurde gemunkelt, auf Seiten der Demokraten würden diese Bemühungen von »unsichtbaren Kräften« unterstützt. Auf der anderen Seite führten die wiederholten Drogenrazzien in »roten« Hochburgen zu einem heftigen verbalen Schlagabtausch zwischen der Armee und *Phüa Thai*. Trotz wiederholter Schwüre, jedes Wahlergebnis zu akzeptieren, fällt es nicht schwer, die persönliche Präferenz der Armeeführung zu erraten. Die Wahlprogramme thailändischer Parteien unterscheiden sich kaum voneinander, was einige Parteien allerdings nicht davon abhält, sich umso heftiger zu bekämpfen. Im Kontrast zu diesen Interventionen steht die große Zurückhaltung der Zivilgesellschaft. Im Vergleich zu früheren Kampagnen wurden in diesem Wahlkampf so gut wie keine Anliegen beworben.

Politik hat in Thailand wenig mit Ideologie und noch weniger mit Parteiprogrammen zu tun. Parteien bilden sich, fusionieren miteinander und zerlegen sich wieder. Abgeordnete wechseln mit schwindelerregender Leichtfüßigkeit die Seiten. Das unübersichtliche Gewusel beginnt sich erst zu lichten, wenn man statt auf die austauschbaren Parteilabels auf die dahinterstehenden Personen schaut. Viele der neugewählten Abgeordneten blicken bereits auf eine jahrzehntelange Karriere zurück, in der sie eine Reihe von hohen Staatsämtern bekleideten. Diese Granden stehen einem Netzwerk an Unter-

stützern vor, die jedem Hakenschlag des Patrons treu folgen. Es sind diese Patrone, die sich im Vorfeld einer Wahl neu arrangieren, und die nach der Wahl den größtmöglichen Vorteil für sich und ihre Netzwerke herauszuschlagen versuchen. Das mitunter bizarre Schauspiel unterstreicht vielmehr, was der Verkehrsminister Sohpon Zarum in bemerkenswerter Offenheit verkündet hatte: die kleineren Parteien würden mit jedem Wahlsieger koalieren, solange nur der Zugang zu den Fleischtopfen in der Regierung sichergestellt sei. Die kleineren Parteien werden ihre Stellung als Königsmacher also zu vergolden wissen. Ob es der stärksten Fraktion im Parlament gelingen wird, eine Regierung zu bilden, hängt jedoch nicht nur von der Zahl ihrer Sitze im Parlament ab. Denn eines ist bereits heute klar: um zum Zuge zu kommen, muss *Phüa Thai* die Wahl mit großem Abstand gewinnen, um genügend Legitimation zur Bildung einer Regierung einzusammeln und ihre Gegner von einer verfassungswidrigen Intervention abzuhalten.

Welche Seite auch immer die Regierung stellt – »Money Politics«, also das zynische Schachern um Einfluss und Ressourcen, das die Politik in Thailand immer weiter diskreditiert, wird weiter gehen. Und dennoch: der Kampf um die beste Ausgangsposition für das Hauptrennen nach der Wahl sollte als eine genuine Form politischen Wettbewerbs gesehen werden. Die Bürger entscheiden darüber, wem sie die besten Karten für das Pokern um die Regierungsbildung in die Hand geben. An diesem Tisch haben allerdings bereits andere, nicht verfassungsmäßige Kräfte Platz genommen.

3. Der politische Konflikt: Thailand kämpft um einen neuen Gesellschaftsvertrag

Das deutet bereits darauf hin, dass die weitere politische Entwicklung im Königreich Thailand nicht alleine von den Wahlergebnissen abhängt. Die Wahl ist vielmehr ein weiteres Kapitel in der an Wendepunkten reichen Geschichte des politischen Konfliktes, der das Land seit Jahren lähmt.

Um den politischen Konflikt zu verstehen, sollte man sich nicht von den »roten« und »gelben« Hemden in die Irre führen lassen. Vor allem im Verständnis vieler westlicher Medien suggeriert die Farbkodierung einen ideologischen oder klassenbasierten Konflikt zweier festgefügtter Lager, die es in der Realität nicht gibt. Die krude Verkürzung – der Multimilliardär Thaksin und sein repu-

blikanisches Lumpenproletariat gegen die royalistische Ober- und Mittelschicht – verstellt den Blick eher, als zu einem Verständnis der Situation beizutragen. Tatsächlich bewegen sich viele Thais – seien es die Demonstranten auf den Straßen oder politische Akteure innerhalb der Institutionen – flexibel zwischen den Machtpolen der Gesellschaft. Das Bemerkenswerte an den »roten« und »gelben« Koalitionen ist gerade, dass die Trennlinie quer durch alle Schichten, Ideologien, Institutionen und selbst durch Familien verläuft und sich unter den jeweiligen Bannern Akteure mit durchaus gegensätzlichen Interessen und Wertvorstellungen zusammenfinden.

Der traditionelle Gesellschaftsvertrag wird gekündigt

Zu den Hintergründen des Konflikts lohnt ein Blick zurück in die späten 1990er Jahre. Thailand hatte sich ökonomisch wie politisch so erfolgreich entwickelt, dass es gerne als Modell für andere Schwellen- und Entwicklungsländer zitiert wurde. Der Zivilgesellschaft war es gelungen, dem Land eine demokratische Verfassung zu geben, die den Einfluss des Militärs zurückdrängen sollte. Die Asienkrise machte vielen dieser Hoffnungen einen Strich durch die Rechnung. Banken und Unternehmen gingen reihenweise Pleite, Arbeitslosigkeit und Armut explodierten. Die nationalen Wirtschaftseliten, von den neoliberalen Reformpolitiken der Regierung Chuan Leekpai unter Aufsicht des IWF an den Rand gedrängt, sahen sich in existentieller Bedrängnis. In dieser Lage sahen die Wirtschaftsführer in der Übernahme des Staates die einzige Möglichkeit zu überleben.² Dabei handelte es sich keinesfalls um einen ideologischen Konflikt – denn ironischerweise war es gerade die Weiterführung einiger neoliberaler Politiken, die das Bündnis der Wirtschaftseliten später auseinandertreiben sollte. Es ging vielmehr um den Schutz der Geschäftsinteressen der Thai-Eliten. »Altes Geld« verbündete sich mit »neuem Geld«, um den Ansturm des globalen Kapitalismus zu überleben. Um den nationalen Unternehmen ausreichend Zeit zu geben, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, brauchten sie eine Regierung, die sie für einige Jahre vor der übermächtigen internationalen Konkurrenz schützen und notwendige Restrukturierungen in Staat und Gesellschaft kraftvoll vorantreiben konnte.

2. Hewison, Kevin (2005): Neo-liberalism and Domestic Capital: the Political Outcomes of the Economic Crisis in Thailand, *The Journal of Development Studies* Vol. 41, Feb. 2005, S. 310-330.

Die Gesellschaft schart sich um Thaksin

Eine solche Regierung von und für die Reichen konnte jedoch nur funktionieren, wenn sie gleichzeitig den Armen Schutz und Hilfe vor den desaströsen Auswirkungen der Wirtschaftskrise anbot. Mit den sozialen Politiken (vor allem die billigen Kredite für die Dörfer und die Basiskrankenversicherung für alle) gewann sie die Unterstützung der Armen und den Applaus der Zivilgesellschaft. Die bis heute ungebrochene Unterstützung des Milliardärs Thaksin durch die Armen ist auf diese Hilfen zur Selbsthilfe zurückzuführen, mit denen sich der ehemalige Premier geschickt als alternativer Patron für die politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell marginalisierte Bevölkerungsmehrheit zu inszenieren wusste. Die Regierung Thaksin bemühte sich aber auch, die sozio-kulturellen Anliegen der konservativen Eliten und Mittelschichten zu bedienen (z. B. durch den Kampf gegen die Drogenkriminalität und die Kulturkämpfe gegen das libertäre Nachtleben Bangkoks).

Unter diesem breiten Zelt konnte sich die Mehrheit der Gesellschaft um Thaksin herum versammeln. Durch Zusammenschlüsse mit kleineren Parteien kontrollierte Thaksin zwischenzeitlich bis zu zwei Drittel der Parlamentssitze und gewann bei seiner Wiederwahl zum ersten Mal in der thailändischen Geschichte eine absolute Mehrheit.

Das breite Bündnis zerbricht an seinen inneren Widersprüchen

Das breite Bündnis hielt jedoch nicht lange. Vor allem an den Freihandelsabkommen und Privatisierungen schieden sich die Geister. Während Thaksin und andere Tycoons davon profitierten, sah das »alte Geld« seine Interessen bedroht. Die neoliberalen Politiken wurden von progressiven Nichtregierungsorganisationen und den Gewerkschaften der bedrohten Staatsbetriebe bekämpft. Die konservative Mittelschicht missbilligte die Umverteilung ihrer Steuergelder an die Armen, während der astronomisch reiche Tycoon Thaksin für den Verkauf seines Medienimperiums keinen Baht-Steuern zahlte. Die Wahlerfolge der *Thai Rak Thai* wurden damit erklärt, dass sich die »die ungebildete Landbevölkerung mit populistische Politiken hinters Licht führen ließ«³

3. Wongkul, Phitthaya (2007): Yutthasat prachachon: lakkhit lae botrian [The people's strategy: main ideas and lessons], Bangkok, zitiert in: M. Askew (2011).

oder gleich ihre Stimme verkaufte. Hinter dieser Verachtung für die arme Landbevölkerung werden bereits die Umrisse der »New Politics« erkennbar, mit der die konservative, urbane Mittelschicht die parlamentarische Demokratie suspendieren möchte. Von der progressiven Mittelschicht wurde dagegen vor allem der stetige Ausbau der Machtbasis Thaksins mit Sorge gesehen. Die zunehmend autoritären Tendenzen in der politischen Auseinandersetzung (vor allem die Kontrolle der Medien und die brutalen Versuche Kritiker mundtot zu machen) alarmierten die Zivilgesellschaft, die eine Aushöhlung der gerade erst erkämpften liberalen Verfassungsordnung befürchtete. Die progressive Zivilgesellschaft befürchtete, der zunehmend gewalttätig und autoritär agierende »Elektokrat«⁴ wolle ein autoritäres Entwicklungsregime singapurianischer Bauart errichten. Die traditionellen Eliten waren zunehmend irritiert von dem selbstbewussten Auftreten des Premiers.

Der Bruch der traditionellen Eliten mit Thaksin – im Grunde einer der ihren – erfolgte aber keineswegs über protokollarische Feinheiten. Um den Staat zu übernehmen schmiedete Thaksin ein Bündnis zwischen Wirtschaftseliten, lokalen Eliten und der armen Bevölkerungsmehrheit. Die Formel, die dieses Bündnis zusammenhielt – »Thaksinomics« – kann als der Versuch gelesen werden, ein neues Arrangement zwischen den zentralen Machtpolen der Gesellschaft zur Produktion von Ordnung, Legitimation von Herrschaft und Verteilung von Ressourcen zu etablieren. Ein neues Arrangement wurde notwendig, nachdem der ungeschriebene Gesellschaftsvertrag, der Thailand über Jahrzehnte zusammengehalten hatte (»Das Militär garantiert politische Stabilität, die Regierung fördert die lokale Wirtschaft, die Wirtschaft schafft Wachstum, dessen Wohlstandsgewinne über Patronage-Netzwerke an lokale Eliten und die breite Bevölkerung weitergegeben werden«), in der Asienkrise gescheitert war und durch die neoliberalen Reformpolitiken der Regierung Chuan Leekpai endgültig aufgekündigt wurde.⁵ »Thaksinomics« legitimierte Herrschaft unzweideutig über demokratische Wahlen. Die andauernde Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit wurde durch Sozialpolitiken gesichert. Die Unterstützung der lokalen Eliten – die als Abgeordnete das Parlament kontrollieren und die Mobilisierung der Massen in den länd-

lichen Gebieten organisieren können – wurde durch die Einbindung der Peripherie in die Verteilung staatlicher Ressourcen gesichert. Obwohl die neue Formel von Teilen der Eliten zum Schutz ihrer Interessen ausgehandelt wurde, und trotz Thaksins autoritärem Regierungsstil, sind »Thaksinomics« inklusiver und partizipativer als der alte Gesellschaftsvertrag.

In dieser Formel hatten die traditionellen Eliten keine unverzichtbare Funktion mehr. Für eine Weile schien es, als erlaube »Thaksinomics« ohne die Unterstützung, ja sogar gegen die Interessen der traditionellen Eliten, den Staat zu kontrollieren. Für die traditionellen »Eigentümer der Nation« war dies nicht weniger als eine Kriegserklärung.

Die gelbe Anti-Thaksin-Koalition entsteht

Die Mittelschicht trieb dagegen vor allem die schamlose Selbstbereicherung der Thaksinistas auf die Straßen. Unter der gelben Farbe des Königs machten die Gegner Thaksins gegen seine als »populistisch«, »korrupt« und »republikanisch« verfeimte Regierung mobil. Hunderttausende demonstrierten 2006 und 2008 in gelben Hemden. In der »gelben« Koalition fanden sich autoritär orientierte Eliten aus Aristokratie, Bürokratie und der Armee Seite an Seite mit zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen und Gewerkschaftern wieder, die für den Erhalt der Demokratie stritten. Die alte Partei des Establishments, die *Democrat Party*, gesellte sich zunächst zögernd zu dieser Koalition, um schließlich als große Gewinnerin die erste »gelbe« Regierung führen zu dürfen.

Die rote Koalition entsteht

Auf der anderen Seite versammeln sich in der »roten« Koalition die »Prai«⁶ – also diejenigen, die in ihrer Eigenwahrnehmung ungeachtet ihrer Verdienste oder Machtfülle »nicht dazugehören« und von den traditionellen »Eigentümern« von Staat und Nation an der vollwertigen Teilnahme am politischen, sozialen und kulturellen Leben verdrängt werden. Die »rote« Koalition ist ein Bündnis der »neuen« Wirtschaftseliten mit Teilen der lokalen Eliten und Mittelschichten des Nordens und

4. Tejapira, Kasian (2006): »Toppling Thaksin«, *New Left Review* 39 (May/June).

5. Hewison, Kevin (2005): aaO.

6. Traditionell bezeichnen die »Prai«, als Gegenbegriff zu der Aristokratie der »Amart«, die Untertanen. Die Rothemden haben jedoch große Anstrengungen unternommen, dem Begriff eine neue Bedeutung zu geben.

Nordostens und Teilen der Sicherheitskräfte (z. B. die Polizei), das seine Legitimation aus der stärkeren Inklusion der armen Stadt- und Landbevölkerung gewinnt.

Innerhalb der »roten« Koalition sollte man noch einmal unterscheiden zwischen der Partei *Phūa Thai* und der sozialen Bewegung *United Front for Democracy Against Dictatorship* (UDD). *Phūa Thai* ist strukturell keine linke Partei, sondern ein Vehikel der Reichen für die Reichen, die ein Gegengeschäft »Hilfe gegen Unterstützung« mit den Armen abgeschlossen hat. Weder die Programmatik noch die Politiken *Phūa Thais* zielen auf eine strukturelle Veränderung der politischen Ökonomie. Auch wenn die Hilfen zur Selbsthilfe der »roten« Vorgängerregierungen die absolute Armut deutlich reduziert haben, zielten sie nie auf den Aufbau eines Sozialstaates, sondern förderten unternehmerische Eigeninitiative, um Beschäftigung und Produktivität zu erhöhen.

Dagegen ist es der »roten« Bewegung gelungen, die politische Ökonomie Thailands grundlegend zu verändern: die politische Bewusstwerdung der Massen als Klasse bzw. die Emanzipation der Individuen als Staatsbürger geben der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit ein politisches Gewicht,⁷ das jeder künftige Gesellschaftsvertrag berücksichtigen muss. Mit anderen Worten: die Unterstützung, oder zumindest das Stillhalten der Bevölkerungsmehrheit, ist künftig nicht mehr umsonst zu haben. Auch eine Regierung der Eliten im Interesse der Eliten muss heute einen Preis für ihre Legitimität zahlen: Schutz für die Mittelschicht und Hilfe für die Armen.

Ohne hier weiter ins Detail gehen zu können, darf angedeutet werden, dass beide Koalitionen jeweils bis in den Palast reichen. Es ist daher falsch, von einem republikanischen und einem royalistischen Lager zu sprechen.

Der Konflikt eskaliert

Im Jahr 2006 eskalierte der Konflikt. Nach den ersten »gelben« Massendemonstrationen putschte das Militär, die Regierungsparteien wurden verboten und ihre Führungen mit Politikverboten belegt. Thaksins Vermögen

7. Phongpaichit, Pasuk / Baker, Chris (2009): »Thaksin«, 2nd expanded edition, Chiang Mai; Phatarathananunth, Somchai: »Chonchannam thangkanmueg (...)« [The political elite: The force opposing democracy and the problem of contemporary Thai democracy], in: Fa Diaokan 7 (1), S. 22-34.

wurde konfisziert, er selbst floh nach einer Reihe von Korruptionsanklagen aus dem Land. Obwohl Verfassung und Wahlrecht umgeschrieben wurden, gewann die »rote« Koalition 2007 erneut die Wahlen, nur um nach neuerlichen »gelben« Massendemonstrationen durch einen stillen Putsch der Justiz wieder aus der Regierung vertrieben zu werden. Nachdem, Chumpol zufolge, unter dem »unwiderstehlichen Druck der unsichtbaren Hand« eine »gelbe« Regierung gebildet wurde, drehte sich das Spiel um. Im Jahr 2009 stürmten »rote« Demonstranten den ASEAN-Gipfel; Bombenanschläge erschütterten Bangkok und Umgebung. Im letzten Jahr legten rote Massendemonstrationen für Monate das Geschäftsviertel Bangkoks lahm. Premierminister Abhisit konnte das folgende Drama nicht verhindern. Unter dem Druck seiner politischen Patrone wurden die Demonstrationen gewaltsam aufgelöst. Untersuchungen, wer für die 90 Toten, 2 000 Verletzten und die Inbrandsetzung einer Reihe von Shopping Malls verantwortlich zu machen ist, werden bis heute unterdrückt. Das Notstandsrecht gewährte den Sicherheitskräften monatelang praktisch freie Hand. Der *Crackdown* gegen die Meinungsfreiheit ist selbst in der an Zensur reichen Geschichte Thailands einzigartig. Führer der außerparlamentarischen Opposition wurden verhaftet. Menschenrechtsgruppen berichteten von Fällen, in denen gefoltert wurde. »Rote« Medien wurden verboten, mehr als 100 000 Internetseiten abgeschaltet. Die Zahl der wegen Majestätsbeleidigung zu jahrelangen Haftstrafen verurteilten Kritiker ist explodiert. Im Ergebnis ist Thailand in allen Demokratie- und Menschenrechtsindizes abgestürzt.⁸ Über Thailand legte sich ein Klima der Angst.

Das Patt: Keine Seite kann gewinnen

Und dennoch hat auch nach fünf Jahren keine der beiden Seiten den politischen Konflikt endgültig für sich entscheiden können. Die komplizierte politische Lage

8. The Economist Intelligence Unit, Democracy Index 2010: »Flawed democracy (Rank 57 of 167)«, Phatarathananunth, Somchai: »Chonchannam thangkanmueg (...)« [The political elite: The force opposing democracy and the problem of contemporary Thai democracy], in: Fa Diaokan 7 (1), S. 22-34. http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf; Freedom House (FH), Freedom in the World (2011): »Partly free (downward trend)«, http://www.freedomhouse.org/images/File/fiw/FIW_2011_Booklet.pdf; FH, Freedom of the press (2010): »Partly free (rank 58)«, <http://www.freedomhouse.org/uploads/pfs/371.pdf>; Reporters without Borders, Worldwide Press Freedom Index (2010): »Rank 153, downward trend«, http://www.rsf.org/IMG/CLASSEMENT_2011_GB/C_GENERAL_GB.pdf; Friedrich-Ebert-Stiftung Thailand, Asian Media Barometer (2010).

nach dem erwarteten Wahlsieg *Phūa Thais* unterstreicht diese Pattsituation noch einmal. Es mehren sich daher die Anzeichen dafür, dass beide Seiten ihre Lage zu überdenken beginnen.

Thaksin hat wohl eingesehen, dass eine Rückkehr ins politische und ökonomische Leben Thailands ohne ein Arrangement mit den traditionellen Eliten nur schwer möglich ist. Ein erstes Zeichen für ein solches Arrangement wurde Anfang 2011 erkennbar, als die Regierung es dem ehemaligen Tycoon erlaubte, auf den gerichtlich nicht konfiszierten Teil seines Milliarden-Vermögens zuzugreifen. Thaksin selbst lässt seitdem keine Gelegenheit aus, seine Loyalität zur Monarchie zu demonstrieren. Auf die mitunter offen republikanisch agitierenden Rothemden wirkte Thaksin aus dem selbstgewählten Exil mehrfach mäßigend ein. *Phūa Thai* setzte sich vehement für ein von Premierminister Abhisit gefordertes Verbot jeglicher Nennung der Monarchie im Wahlkampf ein. Die Versöhnungsklänge sind offensichtlich darauf ausgerichtet, die Phalanx seiner Gegenspieler aufzubrechen. Die von Thaksin selbst ausgegebene Wahlbotschaft »Versöhnung« richtet sich explizit an die verunsicherten Gegner. Der von der gelben Seite heftig kritisierte Amnestieplan würde auch die mit Haftstrafen bedrohten Führer der PAD einschließen. Der Shinawatra-Clan verspricht, auf Rache nach einem Wahlsieg zu verzichten. Der alarmierten Armeeführung um General Prayuth Chan-Ocha signalisierten der ehemalige Armeechef, Thaksins Cousin Chaiyasit Shinawatra, und die Spitzenkandidatin der *Phūa Thai*, Yingluck Shinawatra, mehrfach, dass eine »rote« Regierung ihn im Amt belassen würde. Thaksin verfolgt also eine Doppelstrategie: *Phūa Thai* soll bei den Wahlen das notwendige politische Kapital einsammeln, um nach den Wahlen einen *Grand Bargain* mit den traditionellen Eliten abzuschließen.

Die Heterogenität der Rothemden macht es schwieriger, in der Bewegung eine Tendenz zu erkennen. Einerseits hat der *Crackdown* die republikanischen Tendenzen innerhalb der roten Bewegung massiv verstärkt. Die »Red Siam«-Fraktion steht für diese Seite des »roten« Spektrums. Der provokante Lautsprecher der »roten« Bewegung, der Abgeordnete Jatuporn Prompan, hatte sich über Monate eine verbale Schlacht mit den Sicherheitskräften geliefert und wurde nach der Auflösung des Parlamentes im Mai wegen vermeintlicher Majestätsbeleidigung verhaftet. Für die moderaten Tendenzen in der

»roten« Bewegung steht dagegen die »Red Sunday«-Fraktion. Die Bangkokere Gruppe der UDD hatte sich über das Versammlungsverbot unter Notstandsrecht hinweggesetzt und mit friedlichen Gedenkversammlungen mit Tausenden von Teilnehmern über Monate das Bild der »roten« Bewegung bestimmt. Diese Märsche gewannen mit ihrem demokratischen Tenor die Sympathie vieler progressiver Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften. Nach ihrer Entlassung aus der Haft haben auch die Führer der Rothemden überwiegend mäßigend auf die zunehmend autonom agierende Bewegung eingewirkt. Die Kandidatur von 22 Anführern der UDD auf den Listen der *Phūa Thai* unterstreicht die grundsätzliche Bereitschaft der außerparlamentarischen Opposition, innerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens einer echten parlamentarischen Demokratie am politischen Prozess mitzuwirken.

Auch die traditionellen Eliten haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass trotz des massiven Einsatzes verfassungsrechtlich bedenklicher Mittel die konkurrierende Koalition nicht zerschlagen werden konnte. Mehr noch, der eskalierende Transformationskonflikt delegitimiert die Institutionen und bedroht den Fortbestand der traditionellen Ordnung. Dem Militär ist es trotz der Einsetzung einer Regierung, die die Interessen der traditionellen Eliten vertreten sollte, ein weiteres Mal nicht gelungen, den politischen Konflikt mit dem Thaksin-Lager zu entscheiden. Zwar konnte die Armee unter der in den Barracken geschmiedeten und fortan gegängelten Regierung Abhisit einen deutlichen Zuwachs an Einfluss und mehr oder minder freien Zugang zu Ressourcen sichern – diese Stellung ist aber im Falle einer *Phūa Thai* geführten Regierung bedroht. Die ständig köchelnden Putschgerüchte der letzten Monate sind – trotz pflichtschuldiger Schwüre der Militärführung, jedes Wahlergebnis zu respektieren – ein beredtes Zeugnis dieser Sorge. Die Muskelspiele des Militärs haben die Autorität der Regierung immer weiter untergraben. Ob es die Besetzung von Spitzenpositionen in Armee, die Aufhebung des Notstandes oder die Weigerung zur Zusammenarbeit mit den indonesischen Mediatoren im Grenzkonflikt mit Kambodscha war – die Sicherheitskräfte ließen nur wenige Gelegenheiten aus, Premier und Außenminister zu düpieren.

Um die Fußtruppen der »gelben« Koalition, die *People's Alliance for Democracy* (PAD), war es nach der Bildung der »gelben« Regierung still geworden. Der harte Kern der

Anti-Thaksin-Bewegung fühlte sich von den einstigen Weggefährten verraten und setzte erneut auf die Mobilisierung der Straße, um wieder an Einfluss zu gewinnen. Die Vorwürfe gegen die ehemaligen Weggefährten sind dieselben wie gegen die »roten« Regierungen: »Korruption« und der »Ausverkauf thailändischer Interessen«. Gewichtiger noch ist die zunehmend aggressive Agitation der Führung der PAD gegen das System der parlamentarischen Demokratie, deren Verteidigung sie im Namen führt. Das Kalkül, durch das Schüren nationalistischer Emotionen die Massen mobilisieren zu können, ist nicht aufgegangen. Nachdem das zusammengeschrumpfte Häuflein Demonstranten vor dem Regierungssitz die Regierung immer heftiger attackierte und durch Boykottaufrufe im Vorfeld der Wahlen das konservative Lager zu spalten drohte, hat die selbst ernannte Bewegung zum Schutz der Monarchie die Gunst der traditionellen Eliten verspielt. Nachdem die Führer der Besetzungen des Regierungssitzes und der Flughäfen im Jahre 2008 sich bis dato in Sicherheit wiegen konnten, regnete es nun Anklagen. Fulminantes Finale der Selbstzerlegung der »gelben« Bewegung war der Machtkampf mit der aus ihr hervorgegangenen *New Politics Party*, die sich dem Aufruf zum Wahlboykott widersetzte und Kandidaten für die Wahlen aufstellte. Die radikale, anti-demokratische Haltung der PAD-Führung verprellte schließlich die letzten Verbündeten aus der Zivilgesellschaft. Aus der einstmaligen stolzen Volksbewegung zur Verteidigung der Demokratie ist ein Häuflein extremistischer Nationalisten geworden, die die parlamentarische Demokratie aussetzen oder gleich ganz abschaffen wollen.

Die zentralen Akteure auf der nationalen Bühne waren im Vorlauf zur Neuwahl also allesamt in einer geschwächten Position. Keine Seite erscheint stark genug, den Konflikt eindeutig gewinnen zu können.

Die Wahlen als Befreiungsschlag

Premierminister Abhisit ist daher wohl zu dem Schluss gekommen, dass er nur noch weiter an Gestaltungsmacht verlieren konnte und hat die Flucht nach vorne angetreten. Mit einem Wahlsieg sollte den Schatten der Illegitimität, der seit ihrer Bildung unter den strengen Blicken des Militärs über der Regierung lag, und die Mobilisierung der Rothemden im März 2010 befeuerte, wettgemacht werden. Der Zeitpunkt der Neuwahlen deutet darauf hin, dass die Opposition auf dem falschen Fuß

erwischt werden sollte. Hätte die Regierung die Legislaturperiode vollendet, wären die Politikverbote für eine ganze Reihe »rote« Spitzenpolitiker ausgelaufen. Das monatelange Ringen um Parteivorsitz und Spitzenkandidatur der *Phūa Thai* zeigte dann auch tatsächlich, wie schwer es der größten Oppositionspartei fiel, sich neu aufzustellen. Die Demokraten schienen dagegen gut gerüstet. Mit einem prallen Wahlkampfetat und einem populären Spitzenkandidaten schien ein Wahlsieg über die führungslose Opposition möglich.

Ganz so sicher scheint sich die »gelbe« Seite ihrer Sache aber dann doch nicht gewesen zu sein. Zur Sicherheit wurde eine weitere Strategie für den Showdown mit der Gegenseite verfolgt: eingraben! Das Jahr nach dem *Crackdown* wurde dazu genutzt, die Mehrzahl der Institutionen mit einer Phalanx aus treuen Verbündeten zu besetzen. Armee und Polizei werden von Offizieren der Palastwache geführt. Die Gouverneure in den »roten« Provinzen des Nordens und Nordostens wurden ebenso ausgetauscht wie die Distriktchefs. Der Senat wurde mit Gegnern Thaksins aufgefüllt. Verfassungsgericht und Wahlkommission wurden massiv unter Druck gesetzt, im Sinne der Eliteninteressen zu entscheiden. Die besonderen Vollmachten des Notstandskomitees *Center for the Resolution of the Emergency Situation* (CRES) – hinter vorgehaltener Hand als Nebenregierung kritisiert – wurden mehr oder weniger nach dem Ende des Notstandes auf das *Internal Security Operations Command* (ISOC) übertragen, das de facto weitgehend außerhalb parlamentarischer Kontrolle operiert. Die Spezialeinheit *Department of Special Investigations* des Justizministeriums verfolgt weiter aggressiv die Führer der »roten« Bewegung.

Deal? Oder neue Eskalation?

In dieser verfahrenen Situation kann die Neu-Wahl wie ein Katalysator wirken, der zumindest eine neue Chance auf einen Ausgleich zwischen den Kontrahenten eröffnet. In einem solchen Deal könnte *Phūa Thai* auf den Premierministerposten verzichten, wenn die »gelbe« Seite im Gegenzug der heftig bekämpften Amnestie für Thaksin zustimmt. Auf diese Option hoffen die kleineren Parteien wie die *Chat Thai Pattana*-Partei unter Vizepremierminister Sanan Kachornprasart, der sich seit Monaten mit Versöhnungsinitiativen nach allen Seiten als Kompromisskandidat empfiehlt.

Diese Chance ist aber nur dann realisierbar, wenn es zu einer *win-win*-Situation kommt, die keinen der wichtigen Akteure außen vor lässt. Denn auch die Fortsetzung oder Eskalation des Konflikts kann im Kalkül einiger Akteure liegen, um ihre Verhandlungsposition zu stärken.

Der harte Kern der PAD hat ein existentielles Interesse an der Wiederbelebung der Proteste – ohne das Feindbild Thaksin dürfte das Schicksal der Gelbhemden besiegelt sein. Sollte *Phüa Thai* versuchen, mit einem Amnestiegesetz den Weg für die Rückkehr Thaksins freizumachen, könnte die gelbe Bewegung daher wieder auf die Straßen gehen.

Die Militärführung wird ihre Vetomacht zur Wahrung ihrer Interessen einsetzen. Sollte eine rotgeführte Regierung die in den Putsch 2006 und die Niederschlagung der Straßenproteste 2010 involvierten Offiziere kaltstellen oder eine Mitsprache der Armee bei der Besetzung des Verteidigungsministeriums verweigern, könnte dies eine erneute Einmischung der Armee in die Politik provozieren. Unter dem Vorwand, Drogen zu bekämpfen oder »berufsqualifizierende Maßnahmen« durchzuführen, patrouillieren Soldaten die Wahlkreise »roter« Anführer. Von Seiten *Phüa Thais* wird der Armee vorgeworfen, damit die Dorfbewohner einschüchtern zu wollen. Der verbale Schlagabtausch zwischen *Phüa Thai* und dem Armeeführer gab der Sorge über das Verhalten des Militärs nach den Wahlen neue Nahrung. Der künstlich aufgeblasene Grenzkonflikt mit Kambodscha könnte daher im Fall der Fälle schnell zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit eskaliert werden, und den »Beschützern der Nation« einen Vorwand für eine erneute Intervention in den politischen Prozess bieten.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse im Nahen Osten erscheint ein Militärputsch jedoch unwahrscheinlich. Eleganter lassen sich die Interessen des Establishments durch einen »stillen Coup« mittels der Justiz oder der Wahlkommission sichern. Mittels dubioser Partei- und Politikverbote wurden bereits 2008 die beiden »roten« Regierungen Samak Sundaravej und Somchai Wongsawat zu Fall gebracht. Wie stark die Justiz instrumentalisiert ist,⁹ hatte sie neben den massenweisen Verurteilungen von Kritikern noch einmal im Parteiverbotsverfahren gegen die Demokratische Partei bewiesen. Das nach Ansicht vieler Beobachter wohl

einschlägige Korruptionsverfahren gegen die »gelbe« Regierungspartei wurde Ende 2010 wegen fadenscheiniger prozessualer Gründe eingestellt. Dem Militär wird vorgeworfen, bereits im Wahlkampf damit begonnen zu haben, Beweise gegen *Phüa Thai*-Kandidaten zu sammeln, um eine »rote« Regierung damit unter Druck setzen oder gleich ganz verhindern zu können.

Auch Thaksin baut eine Drohkulisse auf. Konfrontiert mit den nicht enden wollenden Putschgerüchten drohte er im Wahlkampf, ein erneuter Putsch werde nicht unblutig hingenommen werden. Nicht von ungefähr werden damit Erinnerungen an die Serie von Bombenanschlägen wachgerufen, die Bangkok und die umliegenden Provinzen im letzten Jahr erschütterten. Vorstellbar ist eine erneute »rote« Protestwelle, sollte *Phüa Thai* trotz eines Wahlsieges die Regierungsbildung verwehrt werden – oder einmal mehr eine »rote« Regierung unter fadenscheinigen Vorwänden durch die Gerichte zu Fall gebracht werden.

Thailand kämpft um seine politische und soziale Hierarchie

Das deutet darauf hin, dass die Krise Thailands tiefer reicht als der Konflikt zwischen konkurrierenden Eliten und deren Fußtruppen. Der politische Konflikt, der Thailand seit Jahren lähmt, ist im Kern die neue Austarierung der Kräfteverhältnisse zwischen den Machtpolen der Gesellschaft, bei der um eine neue politische und soziale Hierarchie gerungen wird. Die Kräfteverhältnisse zwischen diesen Machtpolen hatten sich in den letzten Jahren schleichend verschoben. Wie in vielen Transformationsländern hat die rapide sozio-ökonomische Entwicklung neue wirtschaftliche Eliten und eine breite Mittelschicht geschaffen, die nicht mehr im selben Maße von der Patronage der traditionellen Eliten abhängen und so deren relative Machtstellung untergraben. Entscheidend für die Lösung des politischen Konfliktes wird daher sein, ob es den Akteuren gelingt, das Verhältnis zwischen den Machtpolen neu auszutarieren.

4. Die Transformationskrise: Thailand braucht eine neue politische, soziale und kulturelle Ordnung

Der politische Konflikt spielt sich vor dem Hintergrund einer tief greifenden Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft Thailands ab. Die erfolgreiche sozio-

9. Pivavattapanich, Prasit (2009): »Kanmüang Thai lang pratpahan (...) [Politics after the Coup: The revival of bureaucratic power]«, Bangkok, S. 24-40; Saengkanokkul, Piyabutr (2008): »The judiciary and the democracy«, 20.4.2008, <http://www.prachatai.com/english/node/601>.

ökonomische Entwicklung Thailands delegitimiert die politische, gesellschaftliche und kulturelle Ordnung, indem sie das Governance-System überfordert und ihr normatives Fundament an Ideen, Werten, Diskursen und Identitäten untergräbt. Thailand hat zwar wie viele hybride Systeme eine ausgeklügelte demokratische Institutionenlandschaft, die politische Realität des Landes wird jedoch weiterhin maßgeblich von den hinter diesen Fassaden versteckten traditionellen Herrschaftsstrukturen bestimmt. Diese traditionellen Strukturen werden jedoch derzeit von der sozio-ökonomischen Entwicklung untergraben, während die demokratischen Elemente noch nicht leistungsfähig genug sind, um unter den neuen Bedingungen die gewachsenen Erwartungen der Gesellschaft zu befriedigen. Der politische Konflikt um die neue Austarierung der Kräfteverhältnisse zwischen den Machtpolen ist ein Symptom dieser Transformation. Die Krise geht tiefer als der politische Konflikt um die politische und soziale Hierarchie. Thailand durchlebt die Delegitimierung der traditionellen Ordnung und ringt mit sich selbst um die Ausgestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrags. Die weitere Entwicklung Thailands wird jedoch von der Lösung der Legitimitätskrise der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Ordnung abhängen.

4.1 Krise der politischen und wirtschaftlichen Ordnung: Komplexität und Emanzipation überfordern das System

Komplexität erfordert effektiveres Management

Thailand hat in den letzten Jahrzehnten einen spektakulären wirtschaftlichen Entwicklungsprozess durchlaufen. Bereits am enorm hohen Anteil der Exporte an der Wirtschaftskraft des Landes (2009: 72 Prozent des BIP) lässt sich ablesen, wie tief Thailand in die globale Arbeitsteilung integriert ist. Der wirtschaftliche Modernisierungsprozess hat die wirtschaftlichen Abläufe ungleich komplexer gemacht. Interdependenzen und Wechselwirkungen, widerstreitende Interessen zwischen den Sektoren und Konflikte über Prioritäten und Ressourcen sind an der Tagesordnung. Das zentralistische Governance-System ist immer weniger in der Lage, die zunehmende Komplexität in Wirtschaft und Gesellschaft effektiv zu managen. Das überforderte Regierungssystem untergräbt die Output-Legitimität der wirtschaftlichen und politischen Ordnung.

Permanenter Konflikt erfordert Mediationsmechanismen

Die wirtschaftliche Modernisierung hat die Berufswelt vieler Thais grundlegend verändert. Diversifiziert haben sich auch die Rollenmodelle und Lebensweisen der Menschen, nicht nur in der Metropole Bangkok, sondern auch in den Zentren der Tourismusindustrie und den Industriezonen. Die Gesellschaft lässt sich nicht mehr mit traditionellen Begriffen wie »Amart« (Aristokratie) und »Prai« (Unterklasse) beschreiben, sondern ist fragmentiert in eine Vielzahl von Schichten, Berufsgruppen, Subkulturen, ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Die Diversifizierung der Lebensbedingungen befördert eine Vielzahl von widerstreitenden Interessen und Werten. Konflikte zwischen diesen Gruppen sind die Regel, nicht die Ausnahme. Vormoderne Methoden mit Konflikten umzugehen – etwa durch staatliche Unterdrückung politischen Dissenses oder die Aushandlung von Kompromissen in kleinen Machtzirkeln – werden von der Gesellschaft immer weniger hingenommen. Der vertikalen und semi-autoritären¹⁰ politischen und sozialen Ordnung fehlen geeignete Mechanismen, um die permanenten Interessenskonflikte einer komplexen Gesellschaft zu moderieren und weithin akzeptierte Lösungen auszuhandeln.¹¹

Erwartungshaltungen an die Leistung des Staates verändern sich

Ironischerweise ist es gerade der zunehmende Wohlstand, der vormoderne Herrschaftsmethoden herausfordert. Wenn Ressourcen knapp sind, muss Verteilung zwangsläufig auf eine kleine Herrschaftskoalition beschränkt werden, während die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen wird. In boomenden Ökonomien können diese Koalitionen von zwei Seiten herausgefordert werden: einerseits von alternativen Patronen aus den aufsteigenden Wirtschaftssektoren, andererseits durch Verteilungsleistungen des Staates. Die ungebrochene Unterstützung der Armen für die »rote Koalition« ist entsprechend zu erklären: während sich Thaksin geschickt als alternativer Patron stilisierte, wurden die »Hilfe zur Selbsthilfe«-Programme der

10. Chambers, Paul / Croissant, Aurel / Pongsudhirak, Thitinan (2010): Democracy under Stress. Civil-military relations in South and Southeast Asia, Introduction, Bangkok.

11. Mark Askew (2010): Legitimacy Crisis in Thailand, Chiang Mai, S. 18.

»roten« Regierungen als ernsthafter Versuch des Staates verstanden, die Lebensbedingungen der marginalisierten Bevölkerungsmehrheit strukturell zu verbessern. Gerade Letzteres verweist jedoch auf die tiefer gehende Veränderung der Erwartungshaltung an den Staat: Der Staat soll in Zukunft besser auf die Bedürfnisse der Menschen reagieren und aktiv Lebenschancen für alle eröffnen. Staat und Wirtschaft gelingt es bisher nur unzureichend, die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit grundlegend zu verbessern. Abgesehen vom wachsenden Wohlstand der Eliten und Teilen der Mittelschicht, hatte das Entwicklungsmodell des thailändischen Staates aber keineswegs die Verbesserung der Lebensbedingungen der marginalisierten Mehrheit zum Ziel.

Das zentralistische und semi-autoritäre Regierungssystem erfüllt diese neuen Erwartungen an seine Leistungsfähigkeit also nur unzureichend. Die prämoderne politische Ökonomie untergräbt daher die Output-Legitimität der politischen und wirtschaftlichen Ordnung.

Emanzipierte Bürger haben höhere Erwartungen an den politischen Prozess

Die neuen Erwartungen an die Leistung des Staates sind Teil eines breiteren Wandels der Erwartungshaltungen an den politischen Prozess. Das gilt zunächst für eine neue Definition der politischen Rolle der Menschen selbst, umfasst aber den gesamten Prozess, wie die Gesellschaft ihr Zusammenleben organisiert.

Im Schlachtruf der »roten« Bewegung »*Proud to be Prai*« deutet sich bereits eine Umwertung der Werte an, die politisch geschickt instrumentalisiert werden, aber dennoch auf tiefer liegenden Verschiebungen in den Bedeutungssystemen verweisen. »*Proud to be Prai*« steht für die politische Emanzipation der Untertanen, für die politische Bewusstseinswerdung als politische Klasse. Die »rote« Klage über die weit verbreiteten »*Double Standards*« richtet sich folgerichtig gegen die gängige Praxis in Justiz und Bürokratie, Menschen aus verschiedenem Stand mit zweierlei Maß zu messen. Die Botschaft ist klar: auch Prai sind Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten. Die »roten« Demonstrationen waren im Kern Bekenntnisse zu den Grundsätzen der elektoralen Demokratie: alleinige Legitimation

politischer Herrschaft aus freien und gleichen Wahlen nach dem Prinzip »*one man, one vote*«. ¹² Das egalitäre Selbstbild als Staatsbürger steht naturgemäß in einem Spannungsverhältnis zur vertikalen sozialen Ordnung. Die unter den Rothemden um sich greifende, offene Ablehnung der sozialen Hierarchie wird von den traditionellen Eliten zu Recht als Bedrohung ihrer privilegierten Stellung wahrgenommen.

Aber auch die »gelbe« Wut über die endemische Korruption verweist trotz aller Beschwörungen traditioneller Werte auf einen Wertewandel: den Herrschern werden nicht mehr ohne weiteres »die Früchte des Landes« zugestanden. Das Pochen auf die Herrschaft des Rechts richtet sich zwar vor allem gegen die »roten« Herausforderer der traditionellen Ordnung, zeigt aber gleichzeitig auch, wie frustriert die Mittelschicht von der endemischen Korruption und Vetternwirtschaft ist. Die Wurzeln der »gelben« »New Politics« können entsprechend auf die Verachtung der Zivilgesellschaft für die reformunfähige oder -unwillige politische Klasse zurückgeführt werden. ¹³ Auch wenn die Idee, den politischen Prozess von Korruption und Vetternwirtschaft durch eine Suspendierung der elektoralen Demokratie zu reinigen, natürlich fehlgeleitet ist, zeigt sie doch, dass die Bürger vom politischen Personal erwarten, den Staat effizient und unter klarer Beachtung der Trennlinie zwischen privaten und öffentlichen Interessen zu führen.

Allen Repressionen zum Trotz beobachten Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien die politischen Entscheidungsprozesse und üben ein gewisses Maß an sozialer Kontrolle aus. Je bewusster sich die Bürger ihrer politischen Rolle werden, umso selbstbewusster fordern sie, Interessen, Werte und Sichtweisen in die Beratungs- und Entscheidungsfindungsprozesse einbringen zu können. Einseitige Vorgaben von oben werden nicht mehr ohne weiteres hingenommen. In dem Maße, in dem die vertikale gesellschaftliche Ordnung erodiert, wächst die Notwendigkeit, durch horizontale Beratung und Aushandlung zu Ergebnissen zu kommen. Das kann jedoch nur funktionieren, wenn Deliberation von einer Diskussionskultur mit allseits akzeptierten kommunikativen Regeln getragen wird. Hier liegt eine besondere Herausforderung für Thailand.

12. Mark Askew (2010): aaO, S. 9.

13. Mark Askew (2010): aaO, S. 8f.

Die traditionelle Legitimation politischer Macht sowie die exklusive Aushandlung von Entscheidungen in Hinterzimmern entsprechen diesen Erwartungen nicht mehr. Die chronischen Defizite des politischen Prozesses werden nicht länger toleriert. Die egalitäre Emanzipation der Bürger fordert die vertikale Ordnung heraus. Das Auseinanderfallen von Erwartungen und Realität erodiert die Legitimität der gesellschaftspolitischen Ordnung.

4.2 Krise der sozialen und kulturellen Ordnung: Neue Ideen und Pluralität untergraben das normative Fundament

Neue Ideen fordern die alten Gewissheiten heraus

Die neuen Erwartungen an den Staat und an die Qualität des politischen Prozesses sind Teil einer größeren Verschiebung und Diversifizierung der Werte, Konzepte, und Identitäten in der Gesellschaft. Die Veränderung der Lebensbedingungen verschiebt die Perspektiven und verändert die Bedürfnisse, Haltungen und Ansichten der Menschen. Die Einbindung der Wirtschaft in die globale Arbeitsteilung und die zunehmend kosmopolitischen Lebensläufe der Eliten und Mittelschichten bringen neue Ideen ins Land. Die Zahl der in Thailand lebenden Ausländer aus den unterschiedlichsten Ländern wächst beständig. Mit ihnen verbreiten sich Einflüsse und Ideen aus den unterschiedlichsten kulturellen und politischen Kontexten in der thailändischen Gesellschaft. Westliche und ostasiatische Einflüsse wetteifern um die Gunst der Jugend.

Mit diesen neuen Ansichten, Werten und Diskursen verbreiten sich auch neue Ideen und Konzepte über das Verhältnis zwischen Bürger und Staat, über die Legitimität politischer Herrschaft und über den Modus der gesellschaftlichen Willensbildung. Thai-Werte wie *Samakii* (Einheit) und *Sa Ngop* (Ruhe) werden dort infrage gestellt, wo sie der Meinungsfreiheit und dem Ideal demokratischer Willensbildung entgegenstehen.¹⁴ Die Erwartungen, wie Herrschaft legitimiert und kontrolliert werden soll und wie die Gesellschaft Entscheidungen über ihr Zusammenleben trifft, verändern sich. Mit der politischen Bewusstseinswerdung der Untertanen als Bürger ist die Erwartung verbunden, dass nur das Volk als Souverän politische Herrschaft legitimieren

kann. Die Souveränität des Volkes steht naturgemäß in einem Spannungsverhältnis zu anderen Verortungen der Souveränität, das erst in der Kompromissformel der konstitutionellen Monarchie auflösbar ist. Diese neuen Werte und Ideen fordern die normativen Fundamente der traditionellen Ordnung heraus.

Normative Widersprüche bergen Konfliktpotential

Die Vorstellungen und Erwartungen verändern sich aber keineswegs gleichförmig zu einem neuen, allgemeingültigen Paradigma. Vielmehr entsteht eine Vielzahl von Weltanschauungen, Bedeutungssystemen und Erzählungen, die sich zu neuen Wertegemeinschaften, sozialen Bewegungen oder politischen Projekten zusammenschließen. Die grundlegend verschiedenen Erklärungen der Gelb- und Rothemden über die Ursachen der Krise und die geeignetsten Wege zu ihrer Lösung deuten auf zutiefst gegensätzliche Visionen einer »Guten Ordnung« und Konzepte zur Legitimation von Herrschaft hin. Die »gelbe« Vision einer durch traditionelle Werte geeinten Gesellschaft steht in einem Spannungsverhältnis zum emanzipatorischen Projekt der »roten« Seite, das die Pluralität von Identitäten, Interessen und Meinungen anerkennt. Der harte Kern der PAD lehnt dementsprechend die parlamentarische Demokratie ab und fordert stattdessen die Einsetzung tugendhafter Führer durch die höchste moralische Autorität – den Monarchen. Die »rote« Bewegung akzeptiert dagegen die Normalität der widerstreitenden Interessen und Werte, und sucht nach neuen Mechanismen, die eine demokratische Willensbildung unter diesen Bedingungen ermöglichen.

In dieser Unterschiedlichkeit der Werte und Weltanschauungen liegt enormes Konfliktpotential. Das wird noch gesteigert, wenn der Konflikt auf die nationalen Symbole übertragen wird. Der rapide Wandel der Lebensbedingungen, Lebensweisen und Rollenbilder führt in Transformationen regelmäßig zu Identitätskrisen. Die nationalen Symbole und Traditionen sollen in Zeiten rasanten Umbruchs, in denen kaum etwas so bleibt, wie es war, Halt geben. Nicht von ungefähr kristallisieren sich politische Konflikte um symbolische Fragen herum, die das komplexe und wenig greifbare Geschehen für die Menschen sichtbar und fühlbar machen. Die extreme Paranoia um den angeblichen »Ausverkauf der Nation« oder die »Bedrohung der Monarchie« eignet sich daher ausgezeichnet zur politischen Mobilisierung, weil

14. Mark Askew (2010): aaO, S. 16.

sich die Menschen mit diesen Symbolen identifizieren. Es überrascht daher nicht, mit welcher Emotionalität, aber auch Aggressivität um solche Symbolthemen gerungen wird. Die gesellschaftliche Polarisierung, die sich quer durch Familien und Freundeskreise zieht, geht daher längst über den politischen Machtkampf der Eliten hinaus und hat Züge eines Kulturkampfes angenommen.

Pluralität und die Kultur der Einheit

Diese Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen ist ein zentrales Merkmal einer modernen Gesellschaft. Es sind jedoch nicht nur die Spannungen zwischen den gegensätzlichen Ideen, Werten und Identitäten, die die politische und kulturelle Ordnung herausfordern. Auch das Phänomen unauflösbarer Pluralität an sich stellt die auf Einheit getrimmte Ordnung vor große Herausforderungen.

Damit soll nicht gesagt werden, dass das Land in der Vergangenheit tatsächlich so einig und einförmig war, wie es *samakki* suggeriert. Schon immer haben sich ethnische, religiöse und kulturelle Minderheiten an den Peripherien des Landes der aufgezwungenen Identität des »buddhistischen Thai« widersetzt. Die mit harter Hand geführte interne Kolonisierung¹⁵ des Königreichs hat in den malay-muslimischen Provinzen des Südens einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg befeuert, der tausende Leben gekostet hat. Die traditionellen Ressentiments gegen die Bangkokere Zentrale im Norden und Nordosten finden heute in der »roten« Bewegung einen neuen Ausdruck. Die Diversifizierung der Lebensbedingungen und Lebensweisen führt aber auch im Zentrum zu einer Pluralisierung der Werte und Identitäten. Nicht nur in der Metropole Bangkok koexistiert eine Vielzahl von Subkulturen. Das Geschlechterverhältnis beginnt sich zu wandeln, und eine Vielzahl sexueller Identitäten wird offen ausgelebt. Der massenmedial befeuerte Konsumismus und die Ethik des globalisierten Kapitalismus stehen im Widerspruch zur Rückbesinnung auf buddhistische Traditionen und Lebensweisen.

Der Umgang mit dieser Pluralität ist eine Herausforderung für die politische Kultur Thailands. Die Vorstellung einer sich selbst regulierenden Gesellschaft, die ihre grundsätzliche Ausrichtung aus der Aushandlung

permanenter Interessenkonflikte gewinnt, widerspricht den traditionellen Vorstellungen vieler Thais. Streit, Uneinigkeit oder gar offener Konflikt werden häufig noch immer mit dem Zerfall der Gesellschaft gleichgesetzt. Nicht von ungefähr hat sich im Laufe des politischen Konflikts selbst unter aufgeklärten Intellektuellen ein sorgenschwerer Fatalismus verbreitet. Eine radikalere Ablehnung des Pluralismus wird von der PAD propagiert. Aus Sicht des harten Kerns der »gelben« Bewegung hat sich nicht die Gesellschaft verändert, sondern haben lediglich die politischen Eliten moralisch versagt. Die Krise ist aus »gelber« Sicht daher nur durch die Wiederherstellung der Einheit durch die Rückbesinnung auf traditionelle Werte zu lösen. Diese radikale Ablehnung der neuen Identitäten und Ideen befeuert einen kulturellen Konflikt, der über den politischen Konflikt hinausgeht.

Der kulturelle Konflikt verweist auf die tiefer liegende Krise der politischen Kultur. Die am Ideal der Einheit orientierte politische Kultur Thailands kann die unwiderrufliche Pluralität der Werte, Lebensweisen, Identitäten und Erzählungen aus Prinzip nicht akzeptieren. Die politische und kulturelle Ordnung hat keine effektiven Mechanismen entwickelt, um mit der Pluralität einer post-modernen Gesellschaft umgehen zu können. In ihrem Eifer, die Einheit wiederherzustellen, schießen einige Autoritäten über das Ziel hinaus und versuchen Einförmigkeit und Einstimmigkeit zu erzwingen. Auch wenn viele Thais prinzipiell weiter Einheit und Harmonie unterstützen, so misstrauen sie doch einem Staat, der ihre Identität negiert, ihre Lebensweise unterdrückt und ihre Werte ablehnt. Wenn Pluralität das Kennzeichen einer post-modernen Gesellschaft ist, dann verliert eine politische und kulturelle Ordnung, die Einförmigkeit und Einstimmigkeit propagiert, an Legitimität.

4.3 Fazit: Die Krise ist nur durch eine Anpassung der Ordnung lösbar

Die Transformationskrise ist also nur zu verstehen, wenn man jenseits der Machtkämpfe zwischen konkurrierenden Eliten und ihren farbmarkierten Fußtruppen die tiefer gehende Krise der gesellschaftspolitischen Ordnung erkennt. Es ist nicht das Versagen einzelner Führungspersonen oder Institutionen, sondern das vertikale Gesellschaftssystem und das zentralistische, semi-autoritäre Regierungssystem sind nicht mehr in der Lage, die zunehmende Komplexität der Thai-Gesellschaft und

15. McCargo, Duncan (2008): »Tearing apart the land: Islam and legitimacy in Southern Thailand«, Cornell University Press.

-Wirtschaft zu managen sowie die gestiegenen Erwartungen der Bevölkerung an die Leistung des Staates und die Qualität des politischen Prozesses zu befriedigen.

5. Wie organisiert man die Aushandlung eines Gesellschaftsvertrags?

Die meisten modernen Gesellschaften mussten durch eine Transformationskrise gehen, um sich zu prosperierenden Demokratien entwickeln zu können.¹⁶ Auch die Krise in Thailand wird nur durch die Anpassung der gesellschaftspolitischen Ordnung an die veränderten politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen zu lösen sein. Die Krise bildet gleichsam den Hintergrund für den politischen Konflikt, dessen Lösung ohne eine neue Aushandlung der sozialen und politischen Hierarchie nicht vorstellbar ist.

Verschiedene Ansätze zur Lösung der Krise

Nicht alle Akteure sind jedoch von der Notwendigkeit überzeugt, den Wandel durch Anpassung an die neuen Strukturen gestalten zu müssen. Die »**Reaktionäre**«, die alten Herrschaftseliten und ihre »gelben« Fußtruppen kämpfen vielmehr um den Erhalt der vertikalen Ordnung. Die Krise wird in dieser Perspektive auf den politischen Konflikt mit einer Koalition konkurrierender Akteure verengt, die es mit einer breiten Phalanx treuer Verbündeter und durch den Einsatz aller Mittel abzuwehren gilt.

Andere versuchen dagegen den Wandel zu gestalten, sind sich aber uneins über die Wahl der geeigneten Mittel. Die so genannten »**Ingenieure**« wollen der Krise durch eine neue Verfassung (es wäre die zwanzigste seit dem Ende der absoluten Monarchie) und die Reform der Institutionen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu Leibe rücken. Entsprechend befasst sich eine unüberschaubare Zahl von Kommissionen, Parlamentsausschüssen und Unterausschüssen, wissenschaftlichen Beiräten und zivilgesellschaftlichen Reforminitiativen mit der Suche nach der perfekten Verfassung, dem effektivsten Parteienrecht und dem ausgeklügeltsten Wahlsystem. Dieser technokratische und manchmal elitäre

Ansatz übersieht dabei, dass eine rechtliche Ordnung immer nur das Resultat gesellschaftspolitischer Machtkämpfe sein kann. Anders ausgedrückt: echte Demokratie kann nicht verordnet werden, sie muss erkämpft werden.

Eine dritte Gruppe, die der »**Aufklärer**«, hat sich dem Dialog und der Versöhnung verschrieben. Diese Menschenrechtsaktivisten, Elder Statesmen, Akademiker und Journalisten setzen sich unermüdlich und unter hohem persönlichem Einsatz für die Beachtung bürgerlicher Freiheiten ein, stehen jedoch im Getümmel des Machtkampfes häufig auf verlorenem Posten. Versöhnungsinitiativen können zwar auf beachtliche Fortschritte auf der lokalen Ebene verweisen, solange jedoch die Führungen aller Lager glauben, den Konflikt einseitig gewinnen zu können, bleibt echte Versöhnung nur Wunschdenken. Ähnlich wie die technokratischen »Ingenieure« vertrauen auch die »Aufklärer« auf die universelle Geltung der Menschenrechte und die aufgeklärte Vernunft der Konfliktparteien. Dabei werden manchmal die Machtstrukturen der vertikalen Ordnung und die persönlichen Interessen der Konfliktparteien übersehen. Die Fragmentierung und Polarisierung der Zivilgesellschaft schwächt zudem ihre organisatorische und politische Durchsetzungskraft.

Thailand braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag

Die Transformationskrise kann nur überwunden werden, wenn die Anpassung der gesellschaftspolitischen Ordnung über die Reform der politischen Institutionen hinausgeht und die Reform der kulturellen und sozialen Ordnung mit einschließt. Eine solche grundlegende Transformation kann weder der Gesellschaft »von oben« durch eine kleine Gruppe von Eliten aufgezwungen werden, noch werden sich die Eliten ohne Gegenwehr »von unten« eine neue Ordnung diktieren lassen. Fühlt sich eine gesellschaftliche Gruppierung übergangen, wird dies den Konflikt nur noch weiter anheizen. Es braucht daher einen breiten gesellschaftlichen Beratungsprozess, in dem sich die Gesellschaft über die grundlegenden Prinzipien ihres Zusammenlebens verständigt. Die zentralen gesellschaftlichen Akteure müssen zu einer neuen Arbeitsteilung bei der Produktion von Ordnung, Legitimation von Herrschaft und der Verteilung der Ressourcen finden. In anderen Worten: Thailand muss seinen Gesellschaftsvertrag neu aushandeln.

¹⁶ Blom, Philipp (2009): Der taumelnde Kontinent: Europa 1900-1914. München.

Wie organisiert man Deliberation in der Krise?

Die Schwierigkeit liegt in der Organisation eines solchen Prozesses unter den Bedingungen der Transformationskrise. Häufig blockieren kollektive Dilemmata und psychologische Faktoren die breite gesellschaftliche Beratung über die Ursachen der Krise und Wege zu ihrer Lösung.

- Transformationskrisen zeichnen sich durch eine Vielzahl sozialer Dilemmata aus. In Konflikten können Situationen auftreten, in denen zwei Interessengruppen nicht miteinander kooperieren, damit aber gemeinsam schlechter dastehen als bei einer kooperativen Lösung. In Thailand lässt sich ein solches Gefangenendilemma beispielsweise zwischen den Sicherheitskräften und den zivilen Kontrollorganen beobachten, die das undemokratische Verhalten der anderen Seite jeweils als Rechtfertigung für die eigenen Regelverletzungen heranziehen. Im Vorfeld der Wahlen sehen sich auch die Gegner Thaksins einem Dilemma ausgesetzt. Sollen sie, die viel zu verlieren haben, der Rache des Verfemten entgehen, indem sie die Hand zur Kooperation ausstrecken – oder sich doch besser in die Phalanx der Gegenspieler einreihen? Daran wird erkennbar, dass der Abschluss eines »Deals«, selbst wenn er im aufgeklärten Interesse aller läge, an einem Mangel von Vertrauen zwischen den Akteuren scheitern könnte. Denn gerade das Vertrauen wurde durch die harten und gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Jahre zerstört. Ein gesellschaftlicher Beratungsprozess muss daher in einen echten Versöhnungsprozess eingebettet sein, der die Bildung neuen Vertrauens ermöglicht.
- Für eine am Ideal der Einheit orientierte Gesellschaft, in der Entscheidungen über Jahrhunderte von oben nach unten getroffen wurden, kann die pluralistische Willensbildung einer Demokratie ein Schockerlebnis sein. In einer vertikalen Ordnung gibt es, wenn alle Stricke reißen, immer die höchste moralische Autorität als letzte Entscheidungsinstanz. Das Vertrauen, dass aus dem freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte, mehr noch, aus dem Kampf zwischen egoistischen Interessen und entgegengesetzten Werten eine für die Gesellschaft als Ganzes optimale Lösung erwachsen kann, muss erst noch entstehen.

Für die politische Kultur Thailands, für die inklusive, horizontale Aushandlungsprozesse eine Neuerung dar-

stellen, sind derartige Herausforderungen nur schwer zu meistern. Es verwundert daher wenig, dass eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie Thailand die Krise überwinden kann, heute weitgehend blockiert ist. Bei der Organisation eines gesellschaftlichen Prozesses zur Neuverhandlung des Gesellschaftsvertrages müssen auch Vertrauenskrisen und Ängste bedacht werden. Der Deliberationsprozess sollte daher an folgenden Prinzipien orientiert sein:

■ **Inklusiver und horizontaler Beratungsprozess**

Im Kern des politischen Konflikts steht die Legitimationskrise der vertikalen gesellschaftspolitischen Ordnung. Neue Legitimation lässt sich daher nicht gewinnen, wenn die Eliten einmal mehr einen Deal unter sich aushandeln und der Gesellschaft dann eine weitere Verfassung überstülpen. Grundsätzlich ist dem Ansatz, die politische Konfrontation zwischen konkurrierenden Legitimitätskonzepten in den parlamentarischen Prozess zu kanalisieren, natürlich zuzustimmen.¹⁷ Allerdings kann ein Parlamentsausschuss oder eine Verfassungskommission leicht als exklusiv oder gar elitär wahrgenommen werden. Die Herausforderung besteht also in der Organisation eines inklusiven und horizontalen Prozesses, der es allen gesellschaftlichen Stakeholdern erlaubt, ihre Interessen, Sichtweisen und Wertvorstellungen in die Beratungen einzubringen.

■ **Deliberation braucht kommunikative Regeln**

In Thailand wurde Dissens lange durch eine am Ideal der Harmonie orientierte Kultur, steile soziale Hierarchien und staatliche Unterdrückung unterbunden. Heute fühlen sich Akteure beider Lager im Namen der Meinungsfreiheit zu verbalen Rundumschlägen berechtigt, in denen es vor kruden Vergleichen, überzogenen Vorwürfen und Verbalinjurien nur so wimmelt. Im aufgeheizten Klima des politischen Konflikts werden Debatten gerne mit dem ganz großen Knüppel geführt. Umgekehrt ist der Umgang mit berechtigter Kritik noch ungewohnt für viele. Staatlichen Zensoren sehen daher die massive Welle an repressiven Maßnahmen als gerechtfertigt an, mit denen allzu oft auch moderate Kritiker mundtot gemacht werden sollen. Eine fruchtbare Deliberation sollte sich dagegen am Habermas'schen Ideal einer Sprechsituation orientie-

17. Phongpaichit, Pasuk / Baker, Chris (2009): »Thaksin«, 2nd expanded edition, Chiang Mai, S. 363, zitiert in: Mark Askew (2010), S. 19.

ren und grundsätzlich auf Verständigung zielen. Mit anderen Worten: Thailand sollte seine Diskussionskultur einigen kommunikativen Spielregeln unterwerfen, die den Ton der Debatte mäßigen und den politischen Kampf auf die Sache hin orientieren können.

■ Fokus auf die großen Linien

Vor allem die »Ingenieure« glauben, die Lösung für die Krise im Design einer idealen institutionellen Architektur zu erkennen. Die ernüchternden Erfahrungen mit Verfassungsreformen sollten dagegen als Warnung dienen, die unbeabsichtigten Wechsel- und Nebenwirkungen institutioneller Änderungen in komplexen Gesellschaftssystemen nicht zu unterschätzen. In jedem Fall ist es unmöglich, über die technischen Feinheiten des Institutionendesign in einem inklusiven und horizontalen Prozess zu befinden. Der Deliberationsprozess sollte sich daher auf die großen normativen und funktionalen Linien konzentrieren. Das Ziel sollte vielmehr sein, sich auf einen Kompass von Zielen und Prinzipien zu verständigen, an dem sich die technische Ausgestaltung der Institutionenlandschaft später orientieren kann.

■ Politisches Verständnis von gesellschaftlichem Wandel

Jede stabile gesellschaftspolitische Ordnung zeichnet letzten Endes die Kräfteverhältnisse zwischen den Machtpolen der Gesellschaft nach. Nicht nur die Arbeitsteilung zwischen diesen Machtpolen, auch der rechtliche Rahmen ist immer das Ergebnis eines Machtkampfes. Auch die Aushandlung eines neuen Gesellschaftsvertrages findet in vermachteten Räumen statt. Vor allem die fragmentierten und organisationsschwachen progressiven Akteure sollten daher ihre Kräfte bündeln, um ihre kollektive Verhandlungsmacht zu steigern. Ziel einer progressiven Koalition sollte es sein, die Status-quo-Konstellation aufzubrechen und Mehrheiten für eine offene, inklusive und gerechte Ordnung zu mobilisieren.

Allerdings gibt es keinen Grund zum Fatalismus. Die Vitalität der sozialen Bewegungen und alternativen Medien, der Mut der Zivilgesellschaft und die Expertise der Wissenschaft zeigen deutlich, dass sich das Land bereits tiefgreifender verändert hat, als viele Eliten dies wahrhaben wollen. Vielleicht kann man die Krise auch als die Kehrseite des eindrucksvollen sozio-ökonomischen Entwicklungsprozesses der letzten Jahrzehnte betrachten. Die Zeit ist reif für das Königreich Thailand, nun auch politisch einen ähnlich großen Sprung nach vorne zu machen.

6. Ausblick

Einen deliberativen Prozess über die hochsensiblen Fragen der Zukunft der politischen, sozialen und kulturellen Ordnung zu organisieren, wird sicher nicht einfach. Die vergiftete Atmosphäre des politischen Konflikts und die vielen Verwerfungen der Transformationskrise erschweren ein solch ambitioniertes Vorhaben zusätzlich.



Über den Autor

Marc Saxer ist Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangkok, Thailand.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: ++49-30-269-35-7503 | Fax: ++49-30-269-35-9211
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:
Karin.Benzing@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-794-4